

GEMEINSAME PRESSEMITTEILUNG

Bund für Umwelt und Naturschutz Niedersachsen (BUND)

Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz Niedersachsen e.V. (LBU)

Naturschutzbund Niedersachsen (NABU)

Verbände fordern naturnahe Forstwirtschaft statt Insektizide!

Niedersächsische Naturschutzverbände überbringen Forderung an Landwirtschaftsministerin Otte-Kinast

Hannover, 2. Mai 2018 – Das Besprühen von Wäldern aus der Luft mit Insektenvernichtungsmitteln muss ein Ende finden. Das war die Botschaft, die die niedersächsischen Umwelt- und Naturschutzverbände BUND, NABU und LBU der Ministerin für Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz Barbara Otte-Kinast überbrachten. Am Montag, den 23. April kam es zu einem gemeinsamen Treffen zwischen den drei Verbänden und der Ministerin.

Die Ministerin und die Naturschutzverbändevertreter betonten gleich zu Anfang, dass ihnen an einer guten Zusammenarbeit sehr viel liege. Mit den Einsätzen von Insektenvernichtungsmitteln in niedersächsischen Wäldern war denn auch ein brisantes Thema, das den Naturschützern seit Jahren am Herzen liegt, Mittelpunkt dieses Gesprächs. Aufgrund von sich wiederholenden Massenvermehrungen sogenannter Schadinsekten werden immer wieder die gleichen Flächen, insbesondere im Gartower Forst im Landkreis Lüchow-Dannenberg, von Hubschraubern aus mit sogenannten nicht-selektiven Insektengiften wie „KARATE® FORST flüssig“ besprüht. Die Vertreter des Naturschutzes legten dar, dass diese Form des „Pflanzenschutzes“ Schädlinge und Nützlinge gleichermaßen abtöte. Der Nahrungspyramide im Wald-Ökosystem würde damit die Basis entzogen und ein labiler Wald hinterlassen. Die Schadinsekten erholten sich dann rasch, die „Nützlinge“ dagegen langsam bis gar nicht. Der nächste „Schädlingsbefall“ träte umso schneller und heftiger auf. Diese Maßnahmen, die vom Land aus Steuergeldern subventioniert werden, hätten sich also auf Dauer als sinnlos erwiesen.

Nach europäischem Recht seien regelmäßige Pestizid-Einsätze aus der Luft überdies gar nicht zulässig. Die einhellige Forderung der Verbände: Ein solches Vorgehen dürfe wegen seiner prekären Konsequenzen nicht mehr genehmigt werden. Nicht nur vor dem Hintergrund des beschleunigten Artensterbens insbesondere bei Insekten und Vögeln sei das Begiften von Waldflächen aus der Luft abzulehnen, sondern auch deshalb, weil die flächig ausgebrachten Gifte aus der Familie der Pyrethroide (Nervengifte) durch Verdriftung nachweislich eine Gesundheitsgefährdung für Menschen nach sich ziehen.

Einigkeit bestand in der Auffassung, dass es sich bei den betroffenen Gebieten im Landkreis Lüchow-Dannenberg in der Regel um Waldgrenzstandorte handele, die zu einer schwierigen Bewirtschaftung führten. Gemeinsames Ziel ist es, geeignete waldbauliche Maßnahmen zu finden, um die dort häufig erfolgte Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln mittels Luftfahrzeugen abzulösen.

Thematisiert wurden in diesem Zusammenhang in Frage kommende Baumarten und Förderprogramme. Die Vertreter der Naturschutzverbände verwiesen auf aussagekräftige Studien, welche gezeigt hätten, dass durch die Förderung heimischer Laubbäume eine Wiederherstellung der natürlichen biologischen Vielfalt zu erreichen sei. Diese bewirke nachweislich eine starke Verminderung der Häufigkeit und Intensität von Insektenbefällen (Kalamitäten) bewirken.

Die Ankündigung der Ministerin, das Gespräch zu diesem Thema in einer größeren Runde mit weiteren Akteuren, insbesondere auch den Waldbesitzern, fortzusetzen, wurde allseitig begrüßt.